

Getauft und glücklich

Nicht nur Ministerpräsident Kretschmann spricht sich für eine religiöse Erziehung von Kindern aus

Viele Eltern lassen ihre Kinder nicht mehr taufen. Schuldekan Scholl sieht darin eine bedauernde Entwicklung, weil damit auch ein Verlust an religiöser Bildung verbunden ist.

VON CLAUDIA BELL

STUTTGART. Pablo Börsch ist 16 Jahre alt. Vor zwei Jahren wurde er getauft. Er hat sich aus eigenen Stücken zu Gott bekannt. Und das nicht etwa wegen der zu erwartenden Geschenke zur Konfirmation, sondern weil er es wollte.

„Ich habe damals ein Schreiben der Kirchengemeinde bekommen und wurde gefragt, ob ich am Konfirmationsunterricht teilnehmen wolle“, erzählt der Schüler aus Vaihingen. Den evangelischen Religionsunterricht habe er zwar schon immer besucht und gute Noten geschrieben. Dennoch habe er sich unter all seinen getauften Mitschülern immer als Außenseiter gefühlt. „Wenn ich meinen Freunden gesagt habe, dass mich meine Eltern damals nicht taufen ließen, damit ich das irgendwann selbst entscheiden könne, haben sie immer komisch geschaut“, sagt er. Sein 2008 verstorbener Großvater habe sich immer gewünscht, dass der Enkel sich taufen lasse – leider habe er das erst nach dessen Tod erfahren.

Ganz bewusst hat sich Pablo für die evangelische Taufe entschieden. Zum einen, weil er dieser Konfession durch den Religionsunterricht nahestand. Zum anderen aber auch, weil die Katholische Kirche seiner Ansicht nach nicht genug Präsenz zeigt in der Gesellschaft. „Die Evangelische Kirche ist für mich moderner, offener“, sagt er.

Dass er sich irgendwann taufen lassen würde, stand für ihn außer Frage. Die Zugehörigkeit zu einer Kirche gehört für ihn zum Leben, und schließlich wolle sich doch jeder Mensch zu etwas zugehörig fühlen. „Ich habe mich mit 14 taufen lassen, weil ich mich mit etwas identifizieren möchte – und das gelingt mir sehr gut, ich bin gerne in der Kirche, gehe regelmäßig auf Kirchenfreizeiten, und viele meiner besten Freunde kommen aus der Gemeinde. Ich fühle mich wohl in dieser Gemeinschaft und finde es schön, dass ich Vertrauen in diese Gemeinschaft haben kann.“ Auch wenn er selbst nicht der gläubigste Mensch sei: Er könne sich später sogar ein Theologiestudium vorstellen.

„Eine freiheitliche Erziehung ja, aber keine bindungslose und geistlose“

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident

Jugendliche wie Pablo Börsch sind allerdings in der Evangelischen Kirche nicht die Regel; auch die Zahl der getauften Kinder bis zwölf Jahren nimmt konstant ab. Nach Einschätzung der Evangelischen Landeskirche sind im gesamten evangelischen Kirchenkreis Stuttgart ein Drittel der bis zwölfjährigen nicht getauft. Die Studie „Taufentscheidung erkunden und verstehen“ im Stuttgarter Norden soll daher in diesem Frühjahr die Gründe für den Rück-

gang der Taufen beleuchten. Dafür werden an alle Familien, die ihre Kinder bislang nicht haben taufen lassen, Fragebögen verteilt – insgesamt sind das im Dekanatsbezirk Zuffenhausen genau 1346.

Allerdings: Mit der Herausgabe von konkreten Zahlen tut sich die Evangelische Kirche ebenso schwer wie die Katholische. „Die Erhebung ist schwierig, weil heute bestimmt die Hälfte aller Partnerschaften gemischt-konfessionell ist“, sagt der katholische Domkapitular Matthäus Karrer in Rottenburg. Und wenn sich die Eltern für eine evangelische Taufe entschieden, werde jenes Kind bei den Katholiken nicht mehr erfasst und verfälsche dann gewissermaßen die Statistik. Zudem müsse man auch die regionalen Unterschiede beachten: Während in einer Großstadt durchaus weniger Kinder getauft werden und die Zahlen dort bisweilen alarmierend niedrig seien, liege die Taufquote in ländlichen Regionen wie etwa Oberschwaben bei gut 90 Prozent.

Die Taufquote in den ländlichen Regionen wie etwa Oberschwaben liegt bei gut 90 Prozent

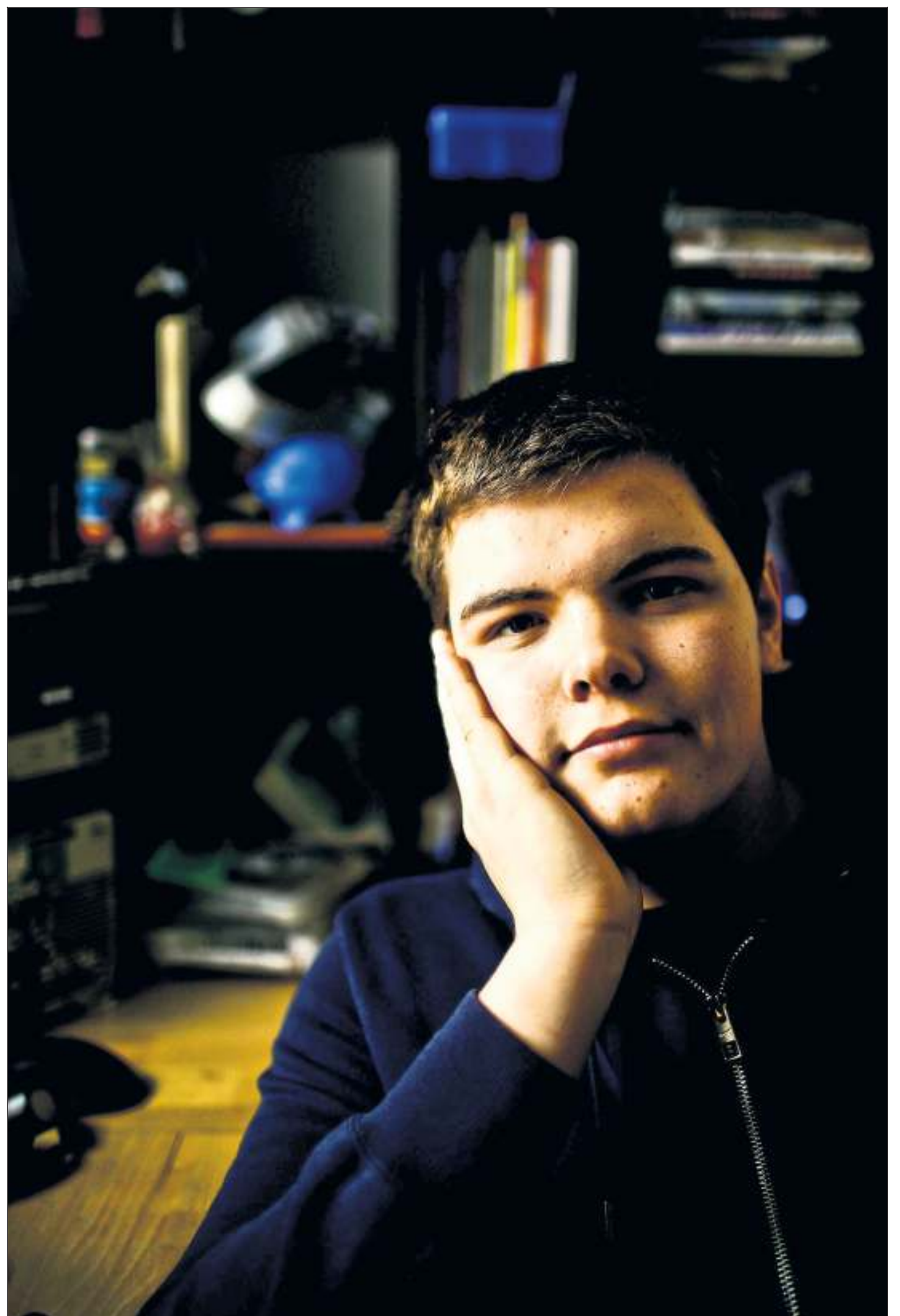
Auch hier hat in den vergangenen Jahren ein Umdenken stattgefunden: „Heute sind unter 70 Kommunionkindern zwei bis zehn Kinder, die sich kurz vorher noch taufen lassen. Und das im streng katholischen Oberschwaben, das hätte es früher nie gegeben“, betont Karrer. Der Grund hierfür sei die hohe Anzahl der neu Hinzugezogenen in diese Region – und diese ungetauften Kinder hätten dann genau mit den Reaktionen von Mitschülern zu kämpfen, wie es bei Kindern und Jugendlichen wie Pablo der Fall war: Unverständnis und Stigmatisierung.

Für den katholischen Geistlichen ist klar, dass seine Kirche umdenken muss. Die Entscheidung für die Taufe dürfe für die Eltern keine zwanghafte Verpflichtung sein, sondern ein freiwilliges Angebot. „Wir müssen akzeptieren, dass es bestimmte Punkte im Leben gibt wie etwa eine Beerdigung oder eine Trauung, wo die Menschen ein religiöses Bedürfnis verspüren, dazwischen aber nicht mehr präsent in der Kirche sind.“

Zu einem der 13 500 „neuen Vereinsmitglieder“ der Diözese Rottenburg-Stuttgart seit dem Jahr 2010 gehört auch der neun Jahre alte Laurenz Haakshorst aus Fellbach. Er hat sich als Siebenjähriger bewusst für seine Taufe entschieden. Dass seine katholischen Eltern ihn bis dahin nicht hatten taufen lassen, hatte einen ganz pragmatischen Grund: „Uns ist kein passender katholischer Pate eingefallen“, sagt sein Vater Oliver.

Für Laurenz dagegen ist der ungetaufte Zustand immer unangenehm gewesen, er hat sich stets als Außenseiter gefühlt. Oft fragte er seine Eltern, wann er denn nun endlich getauft werde. Vor zwei Jahren schließlich suchte er sich dann seinen Taufpaten selbst aus. „Es ist ein guter alter Studienfreund von mir, daher hat Laurenz Vorschlag gepasst“, sagt sein Vater und lacht. Die Taufe sei sehr schön gewesen, weil sein Sohn die Feier bewusst und intensiv miterlebt habe und sehr stolz und glücklich gewesen sei.

Viele Eltern, die ihre Kinder nicht taufen lassen, argumentieren damit, dass sie ihrem



Wollte kein Außenseiter sein und hat sich daher ganz bewusst für die Taufe entschieden: Pablo Börsch (16)

Foto: Piechowski

Nachwuchs die Möglichkeit geben, sich später selbst zu entscheiden. Doch genau diese Argumentation sieht der evangelische Schuldekan Manfred Scholl mit gemischten Gefühlen. „Diese Eltern haben ihren Kindern doch bereits die Entscheidung abgenommen, indem sie negativ entschieden haben – und dann entziehen sie sich dieser Verantwortung“, kritisiert er.

Im Übrigen übertragen Eltern seiner Ansicht nach ihren erwachsenen Kindern oftmals eine noch größere Last: dann nämlich, wenn sie sich nur wegen einer Schwangerschaft für eine Trauung entscheiden. „Da trägt dann das Kind die Last an der Entscheidung zur Trauung – das ist zwar im ersten Moment gut gemeint von den Eltern, aber diese weitreichende Entscheidung wird oftmals nicht in der Folge betrachtet.“

Doch auch wenn die Zahlen in der Evangelischen Kirche noch nicht so dramatisch

sind: „Es brennt, das stimmt – aber man muss auch die demografische Entwicklung beachten“, betont Schuldekan Scholl. Zudem gebe es weniger evangelische Zuzüge, die Zahl der katholischen Ausländer wie etwa Spanier oder Italiener hingegen sei viel höher. Eine problematische Entwicklung sieht er in den Schulen. Dort ist Religion für die getauften Kinder ein Pflichtfach. Aber gerade der Religionsunterricht wird – weil nicht alle Schüler daran teilnehmen – oft an den Rand des Unterrichts gelegt, also etwa freitags in die letzte Stunde. „Und wenn dann die Getauften noch in der Schule sitzen müssen, ihre Freunde aber schon nach Hause gehen dürfen, dann ist das nicht nur für die Lehrer schwierig.“

Scholl empfindet das Nicht-Getauft-Sein als einen großen Verlust für Kinder. Immer wieder höre er von Eltern, dass die religiös-kulturelle Bildung nicht so wichtig sei; dafür

könnten die Kinder von heute dann eben andere Dinge, etwa einen Computer auseinandernehmen und anschließend wieder zusammenbauen. Doch die christliche Kultur gehört seiner Ansicht nach zum Allgemeinwissen. Und: „Wenn man das Kind nicht taufte und ihm keine religiöse Bildung zuteilwerden lässt – wie soll es sich dann jemals entscheiden können?“

Daher plädiert auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken angehört, für eine religiöse Erziehung von Kindern. Wenn Kinder mit 14 religionsmündig seien, könnten sie sich auch von der Religion lösen. „Umgekehrt, wenn sie nicht gerade ein spätes Erweckungserlebnis haben, werden sie nicht mehr zur Religion finden“, sagte er in einem Interview. Sein Credo: „Eine freiheitliche Erziehung ja, aber keine bindungslose, weltanschauungslose und geistlose.“

Studiengebühr: FDP droht CSU mit Koalitions-Aus

Nach erfolgreichem Volksbegehren will nun auch Seehofer die Studiengebühren abschaffen – im Notfall an der Seite der Opposition

VON WOLFGANG MOLITOR

MÜNCHEN/HANNOVER. Die Studiengebühren in Bayern stehen endgültig vor dem Aus. Nach dem deutlichen Erfolg des Volksbegehrens wird es im Sommer oder Herbst einen Volksentscheid geben. Umfragen zufolge sind 72 Prozent der Bayern für die Abschaffung. An dem zweiwöchigen Volksbegehren beteiligten sich nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 14,4 Prozent aller bayerischen Wahlberechtigten, also mehr als 1,35 Millionen Menschen.

Schon feiert die Opposition das Ergebnis im Landtagswahlkampf als Anfang vom Ende von Schwarz-Gelb. Tatsächlich sitzt die CSU-FDP-Koalition in der Klemme, weil der Landtag die Studiengebühren nun auch von sich aus abschaffen könnte – das aber wohl einen Bruch der Koalition bedeuten würde, sollte die CSU mit der Opposition aus SPD, Freien Wählern und Grünen gegen

die FDP stimmen. Die Liberalen lehnen ein Ende der Studiengebühren weiter strikt ab.

Ministerpräsident Horst Seehofer gibt sich am Donnerstag volksnah und kämpferisch: „Die Studiengebühren werden abgeschafft – durch den Landtag oder durch das Volk.“ Das klare Votum sei Anlass, nochmals in der Koalition zu beraten. „Ich bin zuversichtlich, dass wir zu einem Ergebnis kommen, das dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung trägt.“ Auch CSU-Fraktionschef Georg Schmid weiß, dass der Koalitionsvertrag die Christsozialen noch daran hindert, den Weg zur Abschaffung der Studienbeiträge frei zu machen, „weshalb wir vor weiteren Überlegungen jetzt zunächst mit unserem Koalitionspartner FDP sprechen“. Doch er deutet bereits eine elegante Lösung an, wonach die FDP den Vertrag in dieser Frage „aussetzen“ oder die Abstimmung darüber „freigeben“ könnte.

Möglich, dass sich Seehofer und Schmid

da täuschen. FDP-Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch jedenfalls pocht auf den Koalitionsvertrag, der die Erhebung von Gebühren für den Besuch von Hochschulen und Universitäten ausdrücklich festschreibt. Schon macht in München das Gerücht die Runde, die FDP werde Wirtschaftsminister Martin Zeil und Heubisch sowie Staatssekretärin Katja Hessel aus der Staatsregierung abziehen. Die FDP will es offenbar auf den Volksentscheid ankommen lassen – und hält eine Zusammenlegung des Volksentscheids mit der Landtagswahl am 15. September für sinnvoll.

Im kommenden Sommersemester müssen die Studenten in Bayern die Gebühr von 500 Euro pro Semester in jedem Fall noch zahlen. Außer im Freistaat wird die derzeit nur noch in Niedersachsen verlangt. Doch auch das dürfte bald vorbei sein. Hatte der abgewählte CDU-Ministerpräsident David McAllister im Wahlkampf noch vorgerechnet, dass

83,33 Euro im Monat, zumal als zinsgünstiges Studentendarlehen, eine zumutbare Investition in der berufliche Zukunft seien, will die künftige rot-grüne Landesregierung in Hannover die Studiengebühr streichen. Bayern stünde dann allein auf weiter Flur.

Klar, dass sich der Hauptinitiator des Volksbegehrens, Michael Piazolo, ein großer, hagerer Politik-Professor von den Freien Wählern, über die „Mobilisierung zum Finish“ begeistert zeigt. SPD-Spitzenkandidat Christian Ude spricht von einem großen Erfolg für den Grundsatz der kostenfreien Bildung. Mit Blick auf den 15. September sehen die Strategen der Opposition eine psychologische Stärkung durch das gelungene Volksbegehren. Das sei für die Moral „sehr wichtig“, glaubt SPD-Wahlkampfmanager Rainer Glaab. Die Gebührengegner planen bereits den nächsten Schritt. Freie Wähler, SPD und Grüne überlegen, auch die berufliche Bildung kostenlos zu machen.

Stichwort

Volksbegehren in Bayern

- Vor dem Begehren gegen die Studiengebühren gab es seit den 1960er Jahren 18 Volksbegehren. Die meisten scheiterten an der Zehn-Prozent-Hürde der Wahlberechtigten, die ihre Unterschrift abgeben müssen. Nur sieben Begehren schafften es, zuletzt die Nichtraucherschutz-Initiative, für die sich 2009 knapp 1,3 Millionen Menschen eintrugen (13,9 Prozent). Später erzielte sie auch beim Volksentscheid eine Mehrheit: Das Qualmen in Restaurants und Kneipen wurde weitgehend verboten.
- Eine Reihe von Volksbegehren nahm die Zehn-Prozent-Hürde nicht: Das Projekt „Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ kam 2005 auf 4,3 Prozent. Ein Begehren für ein neues Waldgesetz scheiterte 2004 mit 9,3 Prozent, und für ein Gesetz gegen Menschenklone trugen sich 2003 nur 2,3 Prozent der Bürger ein. Vor der Nichtraucherschutz-Abstimmung war zuletzt 1997 der Gesetzentwurf zur Abschaffung des bayerischen Senats erfolgreich. (dpa)